

Region

SVP will Druck auf Migrationspolitik erhöhen

Liestaler Asylzentrum in der Kritik Die Zahl der Diebstähle steigt. Deshalb gründen Ladenbesitzer eine Whatsapp-Gruppe auf Bürgerwehr-Niveau. Die SVP findet dies alarmierend, die Polizei rät davon ab.

Daniel Aenishänslin

«Dreiste Diebstähle als Dank für Sicherheit Zuflucht, Bett und Verpflegung?» Die Frage stellt die Baselbieter SVP in einer Medienmitteilung. Sie reagiert damit auf eine Rundmail, die im Liestaler Gewerbe zirkulierte und Asylbewerber aus der stadtnahen Unterkunft des Diebstahls und der Verunsicherung der Bevölkerung anklagt. Ein «dringlicher Vorstoss» im Landrat soll den Regierungsrat zum Handeln drängen. «Schön wärs, wenn dies «nur» Wahlkampf wäre», winkt Parteipräsident Dominik Straumann ab, «es kann nicht sein, dass Gewerbe und Kundschaft unter der ausser Kontrolle geratenen nationalen Migrationspolitik zu leiden haben.»

Ganz von der Hand zu weisen sei das Problem nicht, bestätigt Polizeisprecher Adrian Gaugler. Die Statistik weise 90 Vermögensdelikte mehr als im Vorjahr aus. Die Mehrheit sei durch Personen mit nordafrikanischer Nationalität verübt worden. «Über 50 Prozent dieser Fälle stehen im Zusammenhang mit dem Asylzentrum, womit der ursprüngliche Verdacht der Polizei Basel-Landschaft klar erhärtet worden ist», sagt Gaugler, «dies lässt sich aufgrund der Herkunft beziehungsweise des Asylstatus der Täterschaft zurückverfolgen.»

Es handle sich vorwiegend um Ladendiebstahl, gefolgt von Diebstahl aus Fahrzeugen. Oftmals durch Wiederholungstäter. «Betrachtet man nur Personen mit Asylstatus, so ist im Vergleich zum Vorjahr im Bereich der Vermögensdelikte eine Verdreifachung der Fallzahlen auszumachen.»

«Zu passiver» Stadtrat

«Es ist sehr einschüchternd, wenn jemand plötzlich auf eine Gruppe von 10 bis 20 People of Color trifft, die auf ihn zukommt und nach Geld fragt», ist in der besagten Mail zu lesen. Oder: «Natürlich wurden schon Einschüchterungsversuche von Leuten, welche von der Betreuung dieser Personen leben, unternommen.» Johan Göttl von der Beratungsstelle beider Basel gegen Rassismus und Diskriminierung: «Es wird der Eindruck vermittelt,



Drei Gehminuten von der Unterkunft für Asylbewerber entfernt: Liestals Altstadt. Foto: Nicole Pont

es gäbe gute und schlechte Besucher des Stedtl.» Asylsuchende hätten das Recht, sich dort aufzuhalten, selbst wenn das für manche ein ungewohntes Bild abgebe.

«In Liestal befindet sich die Asylunterkunft zu nahe bei einem Einkaufszentrum und dem Stadtzentrum mit seinen Ladenstrassen», kritisiert Dominik Straumann. Der Liestaler Stadtrat sei in seinen Augen bislang «klar zu passiv» und hätte zeitnah die Polizei zuziehen sowie beim Bund mit Nachdruck Hilfe anfordern sollen.

«Wir nutzen unseren Handlungsspielraum vollumfänglich aus, indem wir in ständigem Austausch mit der Polizei und dem

Staatssekretariat für Migration stehen, die die aktuelle Lage ständig neu beurteilen und die weiteren Massnahmen festlegen», sagt Pascale Meschberger (SP), zuständige Stadträtin. Die Polizei hat denn auch die Präsenz erhöht.

Bereits von den Medien aufgegriffen wurde eine von den Ladenbesitzern gegründete Whatsapp-Gruppe. Die Mitglieder werden dazu aufgefordert, Verdächtige zu fotografieren und die Bilder in der Gruppe zur Warnung herumzuschicken.

Für Matthias Renevey, Präsident von KMU-Liestal, ist «nicht mehr nachvollziehbar», dass die Medien auf das Thema aufspringen würden. Die Reduzierung auf

Themen wie überteuerte Parkplätze und Diebstähle würden der Stadt nicht gerecht. «Man könnte meinen, dass nur in Liestal Diebstähle stattfinden. Es sind einzelne Fälle bekannt, das ist unbestritten, es ist aber nicht nachvollziehbar, weshalb Liestal erneut in diesem wenig vorteilhaften Licht dargestellt wird.»

Pikant: Die Person, welche die Rundmail versandte, sitzt selbst im Vorstand von KMU-Liestal. «Hier handelt es sich um die Aussage einer Einzelperson, die nicht die Meinung des Vorstands wiedergibt», reagiert Renevey, «der Vorstand distanziiert sich entsprechend dezidiert davon.»

Die Polizei sei mehrmals täglich im Einsatz, komme aber nur,

wenn das Diebesgut einen Wert von 300 Franken übersteige, wird in der Mail moniert. Polizeisprecher Adrian Gaugler widerspricht. Liege der Deliktsgutbetrag unter 300 Franken, handle es sich um ein Antragsdelikt, ab 300 Franken um ein Offizialdelikt, das die Polizei von Amtes wegen eine Anzeige erstellen lasse, erklärt der Polizeisprecher.

Beobachten und melden

Wer über Hinweise verfüge, solle die Polizei über die Notrufnummern 112 oder 117 verständigen. Es solle aber nicht über das Beobachten und Melden hinausgehen, sonst könne man selbst mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Bei Fotos könne es beispiels-

weise zu Persönlichkeitsverletzungen kommen. Gaugler sagt: «Wir raten davon ab, sich zu solchen «Bürgerwehren» zusammenzuschliessen.»

«Der SVP geht es nun darum, das Gewerbe und die Kundschaft zu schützen und Massnahmen gegen diese importierte Kriminalität zu fordern», so Dominik Straumann. Natürlich sei es nach der Pandemie, während eines Krieges und in einer unsicheren Wirtschaftslage nicht einfach, «gelassen in die Zukunft zu blicken», äussert Pascale Meschberger. «Kritische Stimmen gibt es immer; konstruktive Stimmen schätzen wir, aber ständiges Kritisieren kann dem eigenen Standort schaden.»

SVP-Politiker wirft Grünen-Landrat Plagiat vor

Zwei ähnliche Vorhaben Für seinen Vorstoss zur Revision der Fahrzeugsteuer erntet Marco Agostini harte Kritik von Hanspeter Weibel.

Als SVP-Landrat Hanspeter Weibel die BaZ am Mittwochmorgen durchblättert – ja, womöglich auch runterscrollt –, staunt er nicht schlecht. Ein Vorstoss von Marco Agostini (Grüne), der heute eingereicht wird, kommt ihm äusserst bekannt vor. «Erst letzten Dezember habe ich eine Motion in nahezu identische Richtung verfasst», sagt er und mutmasst: «Die Aussagen in der BaZ lassen bei mir den Verdacht eines Plagiats aufkommen.» Pikant dabei: Den Vorstoss Weibels hat Agostini Ende letzten Jahres mitunterzeichnet.

In beiden Fällen geht es grundsätzlich um dasselbe: Die zwei Landräte wollen die Motorfahrzeugsteuer neu aufrollen –

die Regierung soll zukunftsorientierte Modelle mit Anreizen für weniger CO₂-Ausstoss ausarbeiten. Dabei orientieren sich beide Politiker beispielsweise an Basel-Stadt, wo Autos seit 2018 ökologisch besteuert werden.

Disput um E-Fahrzeuge

Nur: Während der SVP-Vorstoss auch der Frage nachgeht, wie der Förderung von Elektroautos (etwa mit Steuerrabatten) stärker Rechnung getragen werden kann, möchte Agostini ausgerechnet die Besitzer von E-Fahrzeugen häufiger zur Kasse bitten. Für ihn liegt eine Problematik in der Anschaffung grosser und schwerer Gefährte – insbesondere bei elektronischen Autos. «Batterien

mit hoher Leistungsfähigkeit verhindern das Erreichen der Klimaziele», sagt er. Die Leute sollten lieber ihre alten Benziner und Diesel weniger nutzen oder fertiggelassen, statt sich einen neuen Elektrowagen zu holen.

Weibel, der selbst seit rund zehn Jahren elektrisch fährt, ist anderer Meinung: «Auch wenn es scheint, als wäre Agostini in einigen Punkten ein Plagiator, zeugt seine Argumentation – höflich ausgedrückt – nicht gerade von Kenntnis der Materie.»

Elektroautos der vergleichbaren Leistungsklasse (Grösse, Leistung, Transportkapazität) seien in etwa gleich schwer wie Verbrenner, sagt er. Im Vergleich würden bei den E-Fahrzeugen



«Marco Agostinis Argumentation zeugt nicht gerade von Kenntnis der Materie.»

Hanspeter Weibel
SVP-Landrat

Motoren, Getriebe und diverse Nebenaggregate aber wegfallen. «Sich dann nur auf die Batterie zu konzentrieren, finde ich etwas gar einseitig.»

Vorwurf sei überzogen

«Es darf nicht heissen: Hauptsache, elektronisch», argumentiert Agostini hingegen. Auch bei E-Fahrzeugen sollten die ökologischen Aspekte in die Debatte mit einbezogen werden. Weibels Vorstoss habe er dennoch mitunterzeichnet: «Weil ich einige Punkte unterstütze und darüber eine Debatte möchte.» Der bürgerliche Politiker wolle jedoch die grossen, umweltschädlichen Elektroautos belohnen; was dem Grünen nicht passt. «Deshalb bin

ich selbst ebenfalls aktiv geworden.» Jetzt von einem Plagiat zu sprechen, hält er für überzogen. «Beide Vorstösse haben ihre Berechtigung. Schliesslich gibt es die Diskussionen bereits seit längerer Zeit.»

Tatsächlich: Im Frühjahr 2021 forderte Stephan Ackermann von den Grünen bereits die Anpassung der Motorfahrzeugsteuer unter Berücksichtigung der umweltfreundlichen Aspekte – ähnlich wie es Agostini jetzt tut. Und auch der SVP-Vorstoss ist eine Neuauflage einer Motion, die Weibel bereits vor sechs Jahren lanciert hat. Damals stellten sich Mitte und FDP quer, weshalb sie scheiterte.

Benjamin Wirth